



Presseerklärung

Forst- und Holzwirtschaft

Cluster Forst und Holz gefährdet

Änderung des Holzabsatzfondsgesetzes widerspricht der Holz-Charta

Ministerin Renate Künast verfolgt mit der am 3. September 2004 in Bonn präsentierten Charta für Holz das ehrgeizige Ziel, den Holzverbrauch in Deutschland in den nächsten zehn Jahren um 20 Prozent zu steigern. Aus der Sicht des Bund Deutscher Forstleute, so deren Bundesvorsitzender Bernhard Dierdorf, ist es allein mit der Präsentation dieses Strategiepapiers nicht getan. Bundesregierung, Länder sowie die Verbände und Institutionen der Forst- und Holzwirtschaft sind gemeinsam gefordert, die Mobilisierung der Holzreserven in Deutschland voranzutreiben und damit die ökonomische Situation in der Branche zu verbessern.

Mit der beabsichtigten Änderung des Holzabsatzfondsgesetzes allerdings scheint sich die Bundesregierung aus dieser gemeinsamen Verantwortung verabschieden zu wollen. Die bisher von der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE) für die Buchung der Abgaben an den Holzabsatzfonds kostenlos zur Verfügung gestellten Leistungen sollen zukünftig diesem auferlegt werden. Dies hätte für den Holzabsatzfonds zur Folge, dass die für die Absatzförderung des umweltfreundlich erzeugten Rohstoffes Holz notwendigen Finanzmittel reduziert und die Positionierung dieses Produktes am Markt deutlich erschwert werden würde. Bernhard Dierdorf: „Sollte die Bundesregierung diese Gesetzesinitiative wie geplant umsetzen, dann wird die sich abzeichnende positive Entwicklung in der Forst- und Holzwirtschaft einen empfindlichen Dämpfer erhalten und die Politik an Glaubwürdigkeit verlieren.“ Deshalb fordert Bernhard Dierdorf die Bundesregierung auf, den Gesetzesentwurf im Interesse einer erfolgreichen Umsetzung der Charta für Holz zurückzuziehen.

*Bernhard Dierdorf
Bundesvorsitzender
Bund Deutscher Forstleute
Fachgewerkschaft im DBB*